

2010

Pressemitteilung vom 4. November 2010

Posaunenruf zum Mauerfall

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir laden Sie herzlich ein zu einem

Posaunenruf zum Mauerfall

Dienstag, 9. November 2010, 10.00 Uhr,

Gedenkstätte Berliner Mauer in Berlin
Bernauer Straße / Ecke Ackerstraße

Aus Anlass des Jahrestages des Falles der Mauer und der Grenzöffnung vor 21 Jahren findet diese Freuden- und Gedenkfeier unter musikalischer Mitgestaltung des Posaunenchores der Evangelischen Adventkirchengemeinde Berlin statt.

Dr. Ehrhart Neubert,
Vorsitzender des Bürgerbüro e.V.,
und
Theodor Mittrup,
Vertreter der Union der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG),

werden den Tag in seiner Bedeutung würdigen.

Zur Erinnerung an die friedliche Überwindung der Mauer sollen keine Kränze niedergelegt werden. Vielmehr bitten wir die Teilnehmer am Ende der Veranstaltung, die Hinterlandmauer mit bunten Blumen zu schmücken.

Presseerklärung vom 14.09.2010

Selbstbestimmung und Eigenverantwortlichkeit bestimmten Bärbel Bohleys Handeln

Mit tiefer Trauer hat der Vorstand und die Mitarbeiterschaft des „Bürgerbüro - Verein zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur“ die Nachricht aufgenommen, dass Bärbel Bohley ihrer langen schweren Krankheit erlegen ist.

Bärbel Bohley gehörte 1996 zu dem Kreis der Bürgerrechtler, der die Gründung des Bürgerbüros vorbereitete und umsetzte. Die Idee dieser Gründung beruhte auf der Erfahrung, dass der in der Friedlichen Revolution und durch die Wiedervereinigung errungene Rechtsstaat die Folgeschäden und menschlichen Kosten der SED-Diktatur nicht vollständig ausgleichen konnte. Während das Personal der Diktatur nur im geringen Maße zur Verantwortung gezogen werden konnte, trugen die Opfer der Diktatur, unter ihnen auch Widerständler und Oppositionelle, nachhaltig an den Folgen von politischer Haft, beruflicher Benachteiligung, sozialer Ausgrenzung und den Zersetzungsmaßnahmen des MfS. Das Bürgerbüro sollte durch bürgerschaftliches und gesellschaftspolitisches Engagement, durch Öffentlichkeitsarbeit, durch die Verbindung zur Politik und Rehabilitierungseinrichtungen sowie durch die Beratung von Opfern zur Milderung der Folgeschäden beitragen.

Bärbel Bohley war lange vor 1989 in der DDR für die Selbstbestimmung und die Eigenverantwortlichkeit der Bürger eingetreten. In der Friedlichen Revolution 1989 hatte sie einen äußerst wichtigen Beitrag zur Mobilisierung der Gesellschaft geleistet. Mit der Gründung des Bürgerbüros trat sie für die öffentliche Selbstorganisation der Opfer der SED ein. Das wurde hinfort zu einem Schwerpunkt ihrer gesellschaftspolitischen Arbeit. Bald nach der Gründung des Bürgerbüros, dessen erste Vorsitzende sie wurde, ging sie in das von Bürgerkriegen verwüstete Bosnien, um auch dort die Idee der Selbstmobilisierung der Gesellschaft mit Leben zu füllen. Zu diesem Zweck initiierte sie dort mehrere soziale Projekte.

Das Bürgerbüro ist der Tradition der Bürgerbewegung der DDR, wie sie Bärbel Bohley verkörperte, verpflichtet.

Dr. Ehrhart Neubert – Vorsitzender
Dr. Helmut Nicolaus – stellvertretender Vorsitzender
Pfarrer Andreas Bertram
Freya Klier
Siegfried Reiprich
- Für den Vorstand -

Presseerklärung, 29.07.2010

„Ein Schritt zu mehr Gerechtigkeit“ Bürgerbüro e.V. begrüßt Rentenbegrenzung für DDR-Funktionäre

Das „Bürgerbüro e.V. – Verein zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur“ begrüßt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 28.07.2010, Entgeltkürzungen bei den Renten von ehemaligen DDR-Ministern, stellvertretenden Ministern oder stimmberechtigten Mitgliedern von Staats- und Ministerrat beziehungsweise ihrer jeweiligen Stellvertreter zu bestätigen.

Dr. Ehrhart Neubert, Vorsitzender des Bürgerbüro e.V. meint dazu:
„Angesichts der geringen Renten von Opfern der SED-Diktatur ist die Entscheidung des Gerichts ein Schritt zu mehr Gerechtigkeit. Die Politik bleibt jedoch weiterhin gefragt, die Situation derer zu verbessern, die durch die SED-Entscheidungsträger geschädigt worden sind.“

Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass die überhöhten Renten für diesen Personenkreis überwiegend „als Belohnung für politische Anpassung und unbedingten Erfüllung des Herrschaftsanspruches der SED“ zu betrachten seien. Zudem lägen die verbleibenden Renten immer noch erheblich über den Durchschnittsrenten früherer DDR-Bürger.

Dr. Ehrhart Neubert (Vorsitzender)
Dr. Helmut Nicolaus (stellvertretender Vorsitzender)
Andreas Bertram
Freya Klier
Siegfried Reiprich
(Für den Vorstand)

Presseerklärung, 30.06.2010

Bürgerbüro e.V. sieht im neuen Bundespräsidenten Fürsprecher für SED-Verfolgte

Das „Bürgerbüro e.V. – Verein zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur“ begrüßt die Wahl von Christian Wulff zum Bundespräsidenten.

Ehrhart Neubert, Vorsitzender des Bürgerbüro e.V., wies darauf hin, dass Wulff sich seit Jahren für die Belange der Verfolgten der SED-Diktatur einsetzt:

„Für die Verfolgten des SED-Regimes ist es wichtig, dass der Inhaber des höchsten Staatsamtes in Deutschland die nachhaltigen Schäden im Blick hat, die die kommunistische Diktatur unzähligen Menschen zugefügt hat. Auch zwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution sind die Opfer der DDR noch nicht hinreichend entschädigt und ihr Beitrag zur Befreiung wird nicht ausreichend gewürdigt. Der neue Bundespräsident kann an seinen bisherigen Einsatz für die Betroffenen anknüpfen. Wir sind zuversichtlich“, so Neubert.

Schon vor einiger Zeit hatte Wulff als erster Regierungschef eines westdeutschen Bundeslandes nach Treffen mit Opferverbandsvertretern und Konsultationen mit Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen eine Anlaufstelle für Verfolgte der SED-Diktatur im niedersächsischen Innenministerium eingerichtet.

Aus Sicht des Bürgerbüros könnten von dem neuen Bundespräsidenten wichtige Impulse für die Novellierung und Entfristung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze ausgehen.

Berlin, den 30.06.2010

Dr. Ehrhart Neubert (Vorsitzender)
Dr. Helmut Nicolaus (stellv. Vorsitzender)
Freya Klier
Siegfried Reiprich
(Für den Vorstand)

Pressemitteilung 28.04.2010

Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze gefordert - Berliner Opferverbände wenden sich an Bundespolitik

Die Berliner Opferverbände haben in einer gemeinsamen Erklärung die Bundesregierung aufgefordert, die SED -Unrechtsbereinigungsgesetze erneut zu novellieren.

Dies geht aus einem gemeinsamen Brief hervor, den die sechs Verbände heute an die Bundeskanzlerin, die Bundesjustizministerin, den Staatsminister für Kultur und Medien sowie die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen verschickt haben.

Die Berliner Verbände fordern:

1. Die besondere Zuwendung für Haftopfer muss eine echte Anerkennung der Leiden aller politisch Verfolgter werden - die demütigende Bedürftigkeitsklausel sowie die Anknüpfung an die Haftzeit gehört abgeschafft.
2. Die Beweislastverteilung bei der Anerkennung haftbedingter Gesundheitsschäden muss zugunsten der Opfer geändert werden. Ihnen ist es heute kaum möglich, den Zusammenhang zwischen politischer Haft und Gesundheitsschaden zu beweisen.
3. Opfergruppen, die bisher nicht in den Gesetzen genannt sind, müssen aufgenommen werden, z.B. Zersetzungsoffer.
4. Die Antragsfristen zur Rehabilitierung müssen gestrichen werden.
5. Die Verbände müssen ein Antragsrecht für die Rehabilitierung Verstorbener bekommen, die keine Angehörigen haben. Ihnen soll posthum zu ihrem Recht verholfen werden.

BSV - Bund Stalinistisch Verfolgter/ Landesverband Berlin-Brandenburg
Bürgerbüro e.V. - Verein zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur
Bund der Mitteldeutschen e.V.
Forum zur Aufklärung und Erneuerung e.V.
UOKG - Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.
VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus

Aktuelles Projekt des Bürgerbüro e.V. 2010/ 2011:

Publikationsvorhaben: „Einweisung von Kindern und Jugendlichen in Spezialkinderheime und Jugendwerkhöfe in der DDR bis 1989“

In jüngster Zeit melden sich im „Bürgerbüro – Verein zur Aufarbeitung der Folgeschäden der SED-Diktatur“ verstärkt Menschen, die in jungen Jahren in Heimen der DDR-Jugendhilfe und in Jugendwerkhöfen untergebracht waren. Sie suchen Hilfe, weil sie hoffen, dass das an ihnen begangene Unrecht endlich aufgearbeitet wird.

Viele haben bereits versucht, sich für die Zeit des Heimaufenthaltes rehabilitieren zu lassen, und erhielten meist eine Ablehnung. Die Ursache dafür liegt vermutlich darin, dass sowohl in den Heimen darzustellen. Außerdem steht die aktuelle Situation der Betroffenen im Mittelpunkt der Untersuchung. Leitfragen sind dabei, unter welchen Folgen die „Heimkinder“ bis heute leiden, wie sie inzwischen leben und welche rechtlichen Grundlagen für mögliche Rehabilitierungen seit 1990 existieren.

Ziel des Projektes ist es, die Opfergruppe „Heimkinder“ vorzustellen, die politischen und ideologischen Gründe für die Einweisung zu analysieren und die pädagogischen Methoden in den Heimen darzustellen. Außerdem steht die aktuelle Situation der Betroffenen im Mittelpunkt der Untersuchung. Leitfragen sind dabei, unter welchen Folgen die „Heimkinder“ bis heute leiden, wie sie inzwischen leben und welche rechtlichen Grundlagen für mögliche Rehabilitierungen seit 1990 existieren.

Das Bürgerbüro möchte auf diese Weise dazu beitragen, die bisher wenig bekannte Opfergruppe der „Heimkinder“ und ihre Situation in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen und somit eine Hilfestellung für Betroffene, Angehörige, Beratungs- und Rehabilitierungsstellen bieten.

Wenn Sie Interesse an diesem Projekt haben, wenden Sie sich bitte an uns:

Ansprechpartner:
Esther Schabow (Projektleiterin)
Friederike Reininghaus

Bürgerbüro e.V.
Bernauer Straße 111
13355 Berlin

E-Mail: info@buengerbuero-berlin.de
Tel.: 030/ 463 48 06

Das Projekt wird ermöglicht durch die "Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur".

Berlin, 08.03.2010